

## **Die Haltung gegenüber der FARC ist das beherrschende Thema des Präsidentschaftswahlkampfes**

El Tiempo, 7.4.2010

Während vor 12 Jahren einige Aspiranten auf die Präsidentschaft sich der Guerrilla annähern wollten und eine Verständigung mit ihr vorschlugen, gehen die Kandidaten von heute auf klare Distanz zu der bewaffneten Gruppe. Dies geht hervor aus den Festlegungen, die verschiedene Kandidaten für sich getroffen haben.

Bei dieser Gelegenheit steht im Mittelpunkt der Debatte die Möglichkeiten der neuerlichen Schaffung einer entmilitarisierten Zone und eines Friedensdialogs. Das Thema kam wieder auf den Tisch aufgrund einer Kontroverse zwischen zwei Kandidaten über das Erbe, das Uribe hinterlassen wird: Juan Manuel Santos, Kandidat der Uribepartei, und Noemí Sanín, Kandidatin der konservativen Partei.

Am Montag schickte die konservative Kandidatin einen Brief an Santos, in dem sie ihn einer „fundamentalen Mitwirkung“ an „der Konzeption und der Gestaltung“ der seinerzeitigen entmilitarisierten Zone in Caguán bezichtigte.

Aus Medellín erwiderte Santos, dass „nur Schwachköpfe ihre Ansichten nicht ändern, wenn sich die Verhältnisse ändern“, und fügte hinzu, er glaube, dass „das Land sehr wohl weiß, dass die Umstände vor 15 oder 20 Jahren ganz andere waren als die heutigen, und zwar genau deswegen, weil die Banditen der FARC das kolumbianische Volk zum Narren gehalten haben“.

Als Dritter stimmte in diese Debatte der Kandidat des „Polo“ (Linke Sammlungspartei, A.d.Ü.), Gustavo Petro ein, der bestätigte, Santos sei damals so weit gegangen, „etwas mehr als nur eine Verhandlung mit der FARC“ vorzuschlagen.

Petro zitierte einen Kommentar, den Santos am 4. September 1998 in „EL TIEMPO“ veröffentlicht hatte, und in dem er schrieb: „Ich erlaube mir, dem Herrn Präsidenten der Republik vorzuschlagen, er sollte sich an die Spitze einer neuen Nationalen Front stellen, falls er wirklich Frieden will. Einer Nationalen Front, die alle politischen Sektoren und die Guerrilla einschließt und ein neues politisches Regime vereinbart, das die Realität anerkennt, wie sie sich angesichts der bewaffneten Unterwanderung präsentiert“.

Der Politologe Fernando Giraldo erinnert daran, dass in den Wahlkämpfen 1998 und 2002 nahezu alle Verlautbarungen die Tendenz zur Annäherung mit der FARC enthielten, und er wird dabei gestützt von Ex-Präsident Andrés Pastrana, der damals die Zone von Caguán der Guerrilla überließ.

Der frühere Minister Augusto Ramírez betont zu dieser Debatte, „alle Kandidaten sind heute gegen eine entmilitarisierte Zone, weil damals in Caguán die FARC sich stärkte, indem sie diese in eine Zone der Gefangenhaltung Entführter und des Coccaanbaus verwandelte“.